

NACHRICHTEN

**Stationierung von UN-Truppen zu**

KINSHASA: Die Regierung von Kongo hat den Vereinten Nationen die Stationierung von Blauhelmen erlaubt. Wie der UN-Gesandte in dem mittelafrikanischen Land gestern in Kinshasa mitteilte, würden die Friedenssoldaten nun so bald wie möglich entsandt. Auch die Ankündigung der kongolesischen Regierung vom Mittwoch, dass sie den vor einem Jahr unterzeichneten Friedensvertrag aller Bürgerkriegsparteien einseitig aussetze, habe auf die Stationierung keinen Einfluss, sagte Kamel Morjane. Kinshasa habe die Zustimmung in einem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan bekannt gegeben.

**Neue Vorwürfe gegen Helmut Kohl**

BERLIN: Der frühere CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl soll nach Informationen der «Süddeutschen Zeitung» 1982 selbst den Anstoss zur Einrichtung schwarzer Kassen gegeben haben. Das Blatt berichtet in seiner Freitagsgabe unter Berufung auf «zuverlässige Quellen», nach der Wahl von Kohl zum Bundeskanzler seien etwa sechs Millionen Mark heimlich von der CDU-Bundestagsfraktion an die CDU transferiert worden. Das Geld soll auf Anweisung Kohls durch einen Mittelsmann der Fraktion dem Generalbevollmächtigten der CDU-Schatzmeisterei, Uwe Lühje, übergeben worden sein. Über den Finanzberater der Partei, Horst Weyrauch, sei das Geld auf Treuhandkonten versteckt worden.

**Schröder: Leben der Geiseln nicht gefährden**

MANILA: Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die philippinische Regierung aufgerufen, das Leben der auf der Insel Jolo gefangenen Geiseln nicht durch eine Militäration zu gefährden. In einem gemeinsamen Brief mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und der finnischen Staatspräsidentin Tarja Halonen äusserte Schröder die Hoffnung auf ein baldiges und friedliches Ende des Geiseldramas, wie am Donnerstag aus Regierungskreisen in Manila verlautete.

Der philippinische Präsident Joseph Estrada antwortete mit einer Erklärung, in der es hiess: «Die militärische Option wird zurzeit nicht in Erwägung gezogen.» Die Geiseln selbst forderten am Donnerstag schnelle Massnahmen, um endlich aus dem Dschungel von Jolo freizukommen.

**Anschlag auf KFOR-Soldaten im Kosovo**

PRISTINA: Bei einem Anschlag auf das Hauptquartier arabischer Soldaten der Kosovo-Friedenstruppe KFOR sind in der Nacht auf Donnerstag zwei Soldaten verletzt worden. Unbekannte hätten zwei Gewehrgranaten auf das Lager der KFOR-Truppe aus den Vereinten Arabischen Emiraten in Vucitrn abgefeuert, teilte die KFOR in Pristina mit. Die Tat sei offenbar eine Vergeltung für die tödlichen Schüsse auf zwei Kosovo-Albaner an einem Kontrollpunkt der Araber vor einigen Tagen, sagte KFOR-Sprecher Major Scott Slaten am Donnerstag in Pristina. Dabei hatte ein Soldat seinen Offizier gegen die angreifenden Albaner schützen wollen. Ein Albaner starb sofort, sein Sohn wenig später, als er von Ärzten behandelt wurde.

**Gemeinsamer Kandidat**

DAKAR: Die afrikanischen Länder werden einen gemeinsamen Kandidaten für die Nachfolge der UNO-Flüchtlingshochkommissarin Sadako Ogata vorschlagen. Sie wollen so daran erinnern, dass Afrika weltweit die Hälfte aller Flüchtlinge aufnimmt. Als Nachfolger der Japanerin Ogata sehen sie den Beniner Maxime Léopold Zollner De Meideros.

Der 60-Jährige war während 15 Jahren hoher Beamter der Vereinten Nationen. De Meideros werden beste Kenntnisse des UNO-Systems bescheinigt. Zudem habe er solide Kenntnisse im Bereich der humanitären Hilfe für Flüchtlinge. Während sieben Jahren war De Meideros weltweiter Direktor der Hilfsprogramme des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) in Genf. Danach arbeite er als regionaler Delegierter acht Jahre lang in Dakar.

Die afrikanischen Staatschefs oder ihre Vertreter verabschiedeten die Resolution, in der sie die Kandidatur von De Meideros unterstützen, beim Treffen der Organisation der Afrikanischen Einheit (OUA) im Juli in Lomé.

**Familien nahmen Abschied**

Staatsanwaltschaft nahm inzwischen die Ermittlungen auf

MOSKAU: Zwölf Tage nach dem Untergang des russischen Atom-U-Bootes «Kursk» haben 150 Angehörige gestern an der Unglücksstelle Abschied von den toten Seeleuten genommen. Der Chef des norwegischen Rettungseinsatzes erhob derweil schwere Vorwürfe gegen die russische Marine.

Bei der Trauerfeier warfen die Hinterbliebenen Kränze und Blumen zum Gedenken an die 118 Seeleute in die Barentssee, meldete die russische Nachrichtenagentur Interfax. Mehr als die Hälfte der insgesamt 400 Familienangehörigen, die sich seit Tagen in der Marinebasis Widjajewo aufhielten, fuhr jedoch nicht mit auf See.

Witwen der getöteten Seeleute hatten zuvor erklärt, sie wollten nicht trauern, bis die Leichen aus dem in 100 Meter Tiefe liegenden Wrack geborgen seien. Die «Kursk» war am 12. August etwa 100 Kilometer vor der Küste der Halbinsel Kola untergegangen.

Russische Stellen hätten die westliche Rettungsaktion am vergangenen Wochenende durch Fehlinformationen behindert und dadurch das Leben der zwölf Taucher aus Norwegen und Grossbritannien gefährdet, sagte Admiral Einar Skorgen, der Oberstkommandierende der norwegischen Nordstreitkräfte in Bodö. Er habe deswegen mehrfach mit dem Abbruch der Hilfsaktion gedroht, bestätigte er im Radio. Die norwegischen Taucher berich-



Angehörige der toten Kursk-Seeleute haben gestern am Unglücksort in der Barentssee Abschied genommen.

teten nach ihrer Abreise, russische Offiziere hätten ihnen verboten, zu anderen als der neunten Sektion des U-Bootes zu schwimmen. Dahinter habe offensichtlich der Wunsch gestanden, etwas zu verbergen. Unterdessen nahmen der russische Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow und der Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, Nikolai Patruschew, Ermittlungen auf. Dabei verfolgten sie unterschiedliche Theorien zum Untergang der «Kursk». Verteidigungsminister Igor Sergejew kün-

digte erste Untersuchungsergebnisse zur Ursache der Havarie in zwei bis drei Tagen an. Das Ministerium erhoffte sich Aufschluss durch die Auswertung von Satellitenbildern. Das Verteidigungsministerium vermutet eine Kollision des Bootes mit einem Schiff oder einem anderen U-Boot als wahrscheinlichste Ursache. Der Geheimdienst wartete am Donnerstag mit einer neuen Theorie zum Untergang der «Kursk» auf. Demnach ist erstmals von Sabotage und einem möglichen Anschlag an

Bord des U-Bootes die Rede, wie der private Fernsehsender NTW unter Berufung auf Patruschew berichtete. Der Ex-KGB ermittle derzeit gegen zwei Dagestaner, die sich an Bord befanden, aber nicht zur Mannschaft der «Kursk» gehörten. Die beiden Männer hätten für eine Militärfabrik am Kaspischen Meer gearbeitet. Derzeit würden Informationen gesammelt, sagte Patruschew. Bisher gebe es aber keine Erkenntnisse, dass sie in das Unglück verwickelt seien.

**Bandenkrieg in Nordirland**

Protestantischer Bandenkrieg in Belfast fordert weiteres Todesopfer

BELFAST: Der Bandenkrieg zwischen protestantischen paramilitärischen Gruppen ist in der Nacht zum Donnerstag mit der Ermordung eines Mannes in der nordirischen Hauptstadt Belfast fortgesetzt worden.

Nach Angaben der Polizei wurde ein 21-jähriger Mann erschossen, dessen Familie starke Bindungen zur protestantischen Terrorgruppe Ulster Volunteer Force (UVF) hat. Es werde angenommen, dass die Täter Mitglieder einer rivalisierenden protestantischen Gruppe, der Ulster Freedom Fighters (UFF), seien, hiess es.

Nach der Tat nahm die Polizei sechs Männer fest. Ein Polizeisprecher teilte mit, in der Gegend um die überwiegend von Protestanten bewohnten Shankill Road seien ausserdem Waffen und Munition sichergestellt worden.

Die Polizei hatte eine Vergeltungs-Bluttat erwartet, weil Mitglieder der UVF am Montag zwei Männer erschossen hatten, darunter ein führendes Mitglied der UFF. Nach Unruhen im Anschluss an dieses Verbrechen hatte die nordirische Polizei den prominenten Chef der Ulster Freedom Fighters (UFF), Johnny Adair, eingesperrt.

**Erneute Inhaftierung**

Der britische Nordirland-Minister Peter Mandelson hatte mit der Verhaftung Adairs erstmals von einer gesetzlichen Regelung Gebrauch gemacht. Danach können Terroristen, die im Rahmen des Friedensprozesses für Nordirland im vergangenen Jahr freigelassen wurden, wieder in Haft genommen werden, falls sie erneut Gewalttaten organisieren oder verüben.

Nach dem neuen Mord im Bandenkrieg zwischen protestantischen paramilitärischen Gruppen ist in Nordirland die Sorge um die Zu-

kunft des Friedensprozesses gewachsen.

Chris McGimpsey, ein einflussreicher Politiker der nicht am Bandenkrieg beteiligten wichtigsten Protestanten-Partei UUP (Ulster Unionist Party), sagte, der Vorfall könnte den gesamten Friedensprozess destabilisieren.

**Feige Tat**

Mandelson verurteilte den Mord am Donnerstag jedoch lediglich als feige Tat, die einen neuen Tiefpunkt im Streit innerhalb der Loyalisten darstellt. Mandelson bekräftigte in Interviews seine Auffassung, die Gewalt innerhalb des protestantischen Lagers stelle keine Abkehr vom Waffenstillstand dar, der im Friedensabkommen von 1998 vereinbart worden war.

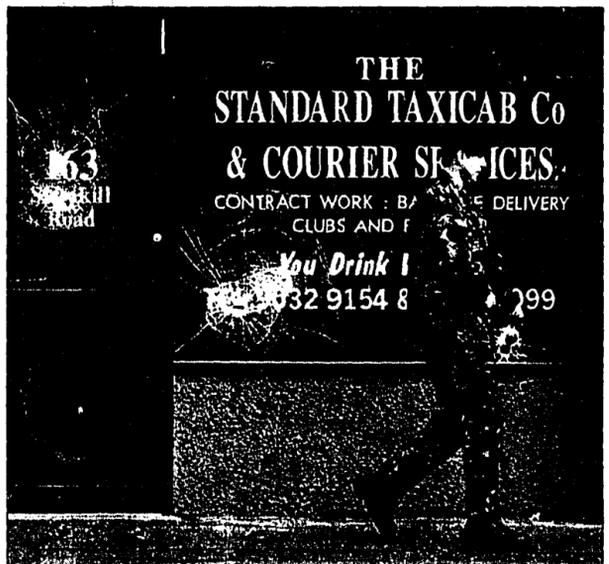
Besorgt zeigte sich aber auch der Vorsitzende der republikanischen Sinn-Fein-Partei, Mitchel McLaugh-

lin: «Die Geschichte zeigt, dass immer dann, wenn in Nordirland solche Ereignisse innerhalb des protestantischen Lagers passieren, letztlich die katholische Gemeinschaft die Folgen zu tragen hat.»

**Machtkampf**

In Nordirland, und ganz besonders in der Metropole Belfast, tobt ein blutiger Machtkampf, bei dem es im Gegensatz zu früher nicht um den Konflikt zwischen pro-britischen Protestanten und republikanischen Katholiken geht.

Die nordirische Polizei spricht von einem Bandenkrieg, bei dem innerhalb der protestantischen Seite um die Führungsrolle im organisierten Verbrechen gekämpft werde. UFF und UVF finanzieren ihre Tätigkeit und den im Untergrund lebenden harten Kern von Anhängern vor allem durch Schutzgelderpressung und Drogenhandel.



Nach den jüngsten blutigen Zwischenfällen ist in Nordirland die Sorge um die Zukunft des Friedensprozesses gewachsen.

**SKINHEAD-PROZESS**

**Höchststrafen gefordert**



Im Prozess um den gewaltsamen Tod eines Mosambikaners in Ostdeutschland hat die Bundesanwaltschaft am Donnerstag in Halle für die drei angeklagten Skinheads die Höchststrafen für Mord gefordert. Der 24-jährige Neonazi Enrico H. (unser Bild) soll lebenslang ins Gefängnis. Für die beiden 16-Jährigen forderte die Anklage jeweils eine Jugendstrafe von zehn Jahren Haft. Die Beweisaufnahme habe die Schuld der Angeklagten zweifelsfrei ergeben, erklärte der Bundesanwalt zur Begründung. Die Angeklagten hatten den Afrikaner am 11. Juni in der Stadt Dessau überfallen und brutal misshandelt. Das Opfer starb drei Tage später im Krankenhaus. Die drei Skinheads hatten nach ihrer Festnahme Fremdenhass als Tatmotiv genannt. Zum Prozess-Auftakt am Dienstag hatten die Angeklagten den Überfall zugegeben. Sie bestritten aber, dass sie den Mosambikaner töten wollten. An den ersten beiden Prozesstagen zeigten die Skinheads nach Einschätzung von Prozess-Beteiligten keine Reue. Vor dem Plädoyer des Anklägers waren am Donnerstag Gutachter gehört worden. Sie sollten sich zur Frage der Schuldfähigkeit der Skinheads äussern. Über das Ergebnis wurde Stillschweigen bewahrt.